

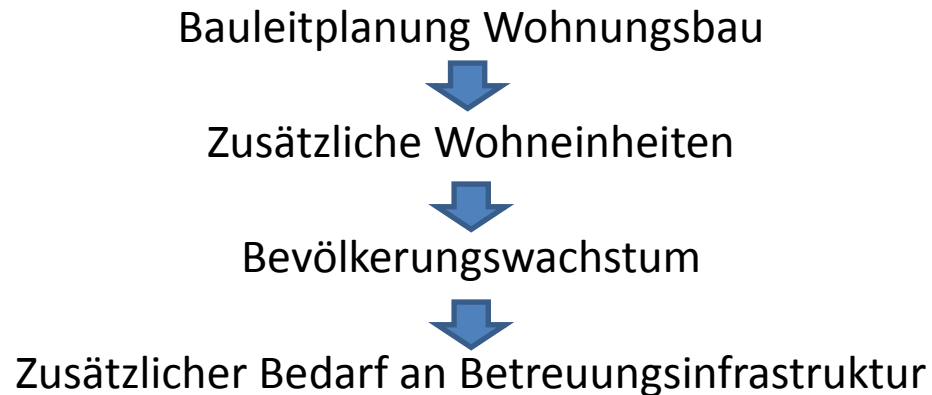
Bevölkerungsentwicklung und Bedarfsprognose Mühldorf a. Inn




Stadtrat 26.10.2017
Abteilung 5 Planen und Bauen

Bevölkerungsentwicklung und Bedarfsprognose Mühldorf a. Inn

Zusammenhang von Bauleitplanung für Wohnungsbau und Infrastrukturbedarf



- Kindergärten
- Kinderkrippen
- Grundschulen
- Mittelschulen
- Kinderhorte / Ganztagesbetreuung

 Der Bedarf an Betreuungseinrichtungen kann und sollte über die Bauleitplanung gesteuert werden.

Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Einwohner	17.043	17.296	17.928	18.305	19.068	19.762	20.428
Prozentuale Steigerung		1,5	3,7	2,1	4,2	3,6	3,4

Seit 2013 lag das jährliche Bevölkerungswachstum mit Ausnahme von 2014 immer über 3%.

Die Zahl der Einwohner ist von ca. 17.000 in 2011 auf ca. 20.000 in 2017 gestiegen. Bei 3.000 Einwohner in 6 Jahren, lag der durchschnittliche Zuwachs bei 500 Menschen p.a.

Stadtentwicklung der kommenden Jahre

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Einwohner	20.428	21.038	21.708	22.487	23.049	23.510	23.745
Prozentuale Steigerung	3,4	3,0	3,2	3,6	2,5	2,0	1,0

Bereits entschiedene B-Pläne

Steigerung: zu definieren,
Steuerung über
Bauleitplanung

Über die Bauleitplanung kann das zukünftige Wachstum gezielt beeinflusst werden.

Prognose Planwerk 07 / 2017 – Bedarf Kindergärten

Prognose Planwerk 07/ 2017: Minimal, Real und Maximalprognosen

Maximalprognose :

Für den Zeitraum 2012 bis 2016 lag der jährliche Bevölkerungszuwachs bei +3,01%. 

Für den Zeitraum 2017 bis 2022 wird der jährliche Bevölkerungszuwachs von +3,07% prognostiziert. **Bis 2020 i.O.**

Für den Zeitraum 2012 bis 2022 wird der jährliche Bevölkerungszuwachs von +3,04% errechnet. -> **Steuerung.**

Für den Bedarf an **Kindergärten** ergeben sich anhand der Maximalprognose bis 2023 folgende Zahlen:

Kiga bei 25 Kindern je Gruppe:

- zu beachten ist hierbei, dass Integrationskinder und u3-Kinder mehrere GT-Plätze belegen. Deswegen ist die Anzahl der GT-Plätze höher als die Anzahl der 3-u6,5-jährigen.

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
3-u.6,5j.	583	631	677	728	781	823	866	904
GT-Plätze	709	726	778	838	899	946	996	1040
Kiga-gruppen	29	30	32	34	36	38	40	42
Bereits entschieden aufgrund Bauleitplanung						Gezielte Steuerung über Bauleitplanung		

Kindergärten

Bestand 09/ 2017:

Einrichtung	Gruppen	Kinder	Plätze
Städt. Kiga Herzog Friedrich	3	73	83
Städt. Kiga Harter Straße	3	78	85
Städt. Kiga Tachinger -See Str.	3	72	80
Städt. Kiga Innsbruckring (seit 03/ 2017)	4	93	105
Summe Städtische Kigas	13	316	353
kirchl. Kiga Laurentius	3	61	80
Kichl. Kiga Nikolaus (muss ersetzt werden)	3	84	85
Kirchl. Kiga Peter und Paul	2	45	58
Kirchl. Kiga Pius	2	57	60
Summe kirchliche Kigas	10	247	283
Waldorfkiga	2	45	54
Xaver Rambold (bis 08/2020)	1	31	25
Summe Kigas gesamt:	26	639	715
Erweiterung Kiga Herzog Friedrich (ab 09/17)	2		50
Summe inkl. Erweiterungen	28		765

Kinder mit
Integrationsstatus
und U3 Kinder
belegen mehrere Plätze

Kindergärten

Zusätzlicher Bedarf bis 2018:

4 Gruppen (32-28)

Gesamt 2018: + 4 Gruppen

Weiterer Bedarf bis 2020:

4 Gruppen (36-32)

Ersatz St. Nikolaus: 3 Gruppen

Ersatz Xaver Rambold (08/ 2020): 1 Gruppe

Gesamt 2020: + 8 Gruppen

Der detaillierte Bedarfsplan 2017 – 2019 wird neu aufgestellt und dem Stadtrat im November 2017 von Abteilung 2 vorgestellt.

Aktueller Stand bis 2020: + 12 Gruppen

Zu planende Maßnahmen:

Kindergarten Ahamerstraße 4 Gruppen (frühestens ab Herbst 2019, Grundstück vorhanden*)

Kindergarten Mühldorf Nord 4 Gruppen (frühestens ab Herbst 2020, Grundstück vorhanden)

Kirchlicher Kindergarten (evang.) 2 Gruppen (frühestens ab Herbst 2020)

Privater Kindergarten 2 Gruppen? (frühestens ab ???, Möglich?)

Interimsmaßnahmen notwendig.

-> Pfarrheim Peter und Paul: 2 Gruppen ab Herbst 2018

-> Containerlösung? -> Konkreter Bedarf erst nach Anmeldungen

* Kirchliche Trägerschaft in Klärung
Zuschuss von Kirche i.H.v. 1/3 der
Sanierungskosten St. Nikolaus in
Klärung

Grundschulen

Für den Bedarf an Grundschulen ergeben sich anhand der Maximalprognose bis 2023 folgende Zahlen:

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Klassen								
1.Klasse	8	8	8	9	10	10	11	11
2.Klasse	7	8	8	8	9	10	10	11
3.Klasse	6	8	8	8	9	9	10	10
4.Klasse	6	7	8	8	9	9	10	10
Klassen ges.	27	31	32	33	37	38	41	42

Bereits entschieden aufgrund Bauleitplanung

**Gezielte Steuerung über
Bauleitplanung**

Grundschulen

Bestand 09/ 2017:

Einrichtung		Klassen	Schüler	Schüler pro Klasse
Grundschule Mühldorf	Klasse 1	4	95	24
Grundschule Mühldorf	Klasse 2	3	68	23
Grundschule Mühldorf	Klasse 3	2	51	26
Grundschule Mühldorf	Klasse 4	2	47	24
Grundschule Altmühldorf	Klasse 1	1	24	24
Grundschule Altmühldorf	Klasse 2	1	23	23
Grundschule Altmühldorf	Klasse 3	1	17	17
Grundschule Altmühldorf	Klasse 4	1	23	23
Grundschule Mössling	Klasse 1	3	72	24
Grundschule Mössling	Klasse 2	3	83	28
Grundschule Mössling	Klasse 3	3	77	26
Grundschule Mössling	Klasse 4	3	79	26
Summe Grundschulen		27	659	0
2 zusätzliche Klassenräume Mössling UG		2		
1 zus. Klasse Mühldorf /Interim		1		
Summe gesamt		30		

Grundschulen

Zusätzlicher Bedarf bis 2018:

2 Klassen (32-30)

1 Klasse Ersatz Interimslösung

Gesamt 2018: + 3 Klassen

Weiterer Bedarf bis 2020:

5 Klassen (37-32)

Gesamt 2020: + 5 Klassen

Aktueller Stand bis 2020: + 8 Klassen

Zu planende Maßnahmen:

Erw. Grundschule Mühldorf: 4 Klassen (frühestens ab Herbst 2019, aktuell VGV Verfahren)

Erw. Grundschule Mössling: 4 Klassen (frühestens ab Frühjahr 2020)

Interimsmaßnahmen notwendig:

Nach Rücksprache mit Schulleitung Grundschule Mühldorf ist es als Notlösung möglich in den bestehenden Räumen bis Herbst 2019 durchzuhalten.

Kinderkrippen

Für den Bedarf an Kinderkrippen ergeben sich anhand der Maximalprognose bis 2023 folgende Zahlen:

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
0- u.3j.	558	596	642	687	729	760	789	814
Krippenquote	25,0%	26,7%	28,3%	30,0%	31,3%	32,5%	33,8%	35,0%
Krippenkinder	139	159	182	206	228	247	266	285
Krippengruppen (aktuell 12)	12	13	15	17	19	21	22	24
Bereits entschieden aufgrund Bauleitplanung						Gezielte Steuerung über Bauleitplanung		

Bestand 09/ 2017:

Einrichtung	Gruppen	Kinder	Plätze
Städt. Kikri Königseestr.	2	21	24
Städt. Kikri Waidbruckstr.	4	48	48
Städt. Kikri Harterstr.	2	24	24
Städt. Kikri Auerstr. (Schule)	2	17	24
Summe Städtische Kikris	10	110	120
kath. Kikri Pius	2	24	24
Summe kirchliche Kikris	2	24	24
Summe Kikris gesamt:	12	134	144

Kinderkrippen

Zusätzlicher Bedarf bis 2018:

3 Gruppen (15-12)

Ersatz Auerstraße (für Schule notwendig): 2 Gruppen

Gesamt 2018: + 5 Gruppen

Weiterer Bedarf bis 2020:

4 Gruppen (19-15)

Gesamt 2020: + 4 Gruppen

Aktueller Stand bis 2020: + 7 Gruppen

Zu planende Maßnahmen:

Neubau Krippe Ahamerstraße : 4 Gruppen (frühestens ab Herbst 2018, Aktuell Rohbau *)

Neubau Krippe Mühldorf Nord (frühestens ab Herbst 2020, Grundstück vorhanden)

Notlösung im Bedarfsfall: Container?

* Kirchliche Trägerschaft in Klärung

Der detaillierte Bedarfsplan 2017 – 2019 wird neu aufgestellt und dem Stadtrat im November 2017 von Abteilung 2 vorgestellt.

Mittelschule

Bestand: 26 Schulklassen

Zusätzlicher Bedarf bis 2022:

4 zusätzliche Klassen

Zu planende Maßnahmen:

Erweiterung Mittelschule um einen weiteren „Trakt“. Die Erweiterungsoption war bei der Ursprungsplanung bereits berücksichtigt.

Kinderhort / Ganztagesbetreuung

Bezüglich Bedarf an Hortplätzen gibt es noch Klärungsbedarf zur weiteren Entwicklung von Ganztageseschulen und Mittagsbetreuung.

Genauere Erkenntnisse zur elterlich gesteuerten Nachfrage soll eine Elternbefragung bringen.

Der detaillierte Bedarfsplan 2017 – 2019 wird neu aufgestellt und dem Stadtrat im November 2017 von Abteilung 2 vorgestellt.

Zusammenfassung

- Der Bericht bezüglich Bevölkerungsentwicklung und Bedarfsprognose dient der Transparenz.
- Die Prognosen basieren auf Erfahrungswerten. Eine absolute Sicherheit gibt es nicht. Die Bedarfe sind abhängig von der Altersstruktur und der Anzahl der Kinder in der Zukunft, die nicht exakt voraussehbar ist.
- Ziel ist, Bedarfe frühzeitig zu erkennen, um entsprechenden Planungsvorlauf zu haben. Auch die erhöhte Fördermöglichkeit für Kinderbetreuungseinrichtungen soll maximal ausgeschöpft werden.
- Voraussetzung für eine nachhaltigen Planung der Betreuungseinrichtungen ist ein „gesundes Wachstum“.
- Um das Wachstum zu steuern, hat die Stadt das Werkzeug der Bauleitplanung für Wohngebiete an der Hand.

Backup

4. Sonderinvestitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2017-2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund hat einen Entwurf für ein „Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung (kurz: Kindertagesbetreuungsausbaugesetz)“ aufgelegt, der nun in das Gesetzgebungsverfahren geht. Gerne informieren wir Sie hiermit über den Sachstand und das von uns beabsichtigte weitere Vorgehen:

1. Ziel der Förderung

Im Unterschied zu den bisherigen Programmen umfasst das neue Investitionsprogramm nicht nur Plätze für unter dreijährige Kinder, sondern für alle Kinder bis zum Schuleintritt. Der Bund stockt für den Ausbau der Betreuungsplätze das Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau", das 2007 eingerichtet wurde, um gut 1,1 Milliarden Euro auf. Über den quantitativen Ausbau hinaus soll mit dem Investitionsprogramm auch die Qualität der Betreuungsangebote vorangetrieben werden. Förderfähig sollen vor allem Investitionen sein, die der Bewegungsförderung, der Gesundheitsversorgung, der Umsetzung von Inklusion und der Familienorientierung dienen.

2. Zeitplan

Das Gesetz soll rückwirkend zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Förderfähig sollen Investitionen sein, die ab dem 1. Juli 2016 begonnen wurden. Sobald das Bundesgesetz in Kraft getreten ist, wird das StMAS eine entsprechende Förderrichtlinie erlassen. Mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes ist nach unseren Informationen im 1. Halbjahr 2017 zu rechnen. Da die Mittel in den Finanzplanungen des Bundes bereits fest eingeplant sind, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit für das Inkrafttreten des Kindertagesbetreuungsausbaugesetzes.

3. Förderkonditionen

Das StMAS plant, mit dem 4. Sonderinvestitionsprogramm die Förderbedingungen erheblich zu verbessern. Die endgültigen Förderbedingungen können aber erst mit Erlass des Bundesgesetzes in einer Förderrichtlinie normiert werden. Die nachfolgende Darstellung des geplanten Förderverfahrens steht daher dementsprechend unter Vorbehalt. Um Verunsicherung vorzubeugen und die Beratung der Kommunen bei ihren Planungen von Investitionsvorhaben zu unterstützen, soll auf die Darstellung schon zu diesem Verfahrenszeitpunkt jedoch nicht verzichtet werden.

Im Einzelnen:

- Förderfähig sind zusätzliche Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen oder in Großtagespflege für Kinder von null Jahren bis zum Schuleintritt.
- Im Rahmen des 4. Investitionsprogramms können auch Investitionen gefördert werden, die der Bewegungsförderung, der gesundheitlichen Versorgung, der Umsetzung von Inklusion oder Familienorientierung dienen.
- Gefördert werden Neubau-, Ausbau-, Umbau-, Sanierungs-, Renovierungs- und Ausstattungsinvestitionen.
- Die Festsetzung der zuwendungsfähigen Ausgaben erfolgt entsprechend der jeweils geltenden Richtlinie über die Zuweisungen des Freistaates Bayern zu kommunalen Baumaßnahmen im kommunalen Finanzausgleich (FAZR), sofern die Förderrichtlinie des StMAS im Einzelnen nichts anderes vorsieht.
- Die Förderung soll aus einem Mindestfördersatz von 70 v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben und einem von der finanziellen Leistungskraft der Kommune abhängigen Zuschlag (höchstens 20 %) bestehen.
- Die Gesamtzuwendung baulicher Maßnahmen ist auf 90 v.H. der tatsächlichen zuwendungsfähigen Ausgaben begrenzt.
- Ausstattungskosten werden in Höhe von bis zu 2.000 Euro pro zusätzlichem Kinderbetreuungsplatz, der nach dieser Richtlinie gefördert wird, zusätzlich erstattet.
- Investitionsmaßnahmen in Erstaufnahmeeinrichtungen sollen einen Regelfördersatz von 90 v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben erhalten.
- Bei Kommunen mit einer Finanzkraft von mehr als 200 v.H. des maßgeblichen Größenklassendurchschnitts beschränkt sich die Förderung auf Ausstattungskosten.
- Die Bagatellgrenze wird abgesenkt. Die Zuwendung wird bereits gewährt, wenn die abschließend festgestellten zuwendungsfähigen Ausgaben des im Antrag dargestellten Vorhabens insgesamt 25.000 Euro überschreiten.
- Anträge müssen voraussichtlich bis 30.06.2018 gestellt werden, da die Bewilligung nach jetzigem Kenntnisstand bis 31.12.2018 erfolgt sein muss.

4. Weiteres Vorgehen

Im Interesse der Kommunen sollten die Mittel des Bundes fristgerecht und in voller Höhe abgerufen bzw. gebunden werden. Andernfalls werden diese anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt. Es wird daher gebeten, die erforderlichen Planungen zügig zu betreiben und ggf. auch Maßnahmen vorzuziehen.

Um Verzögerungen zu vermeiden, können Kommunen auf Antrag bis zum Inkrafttreten der Richtlinie Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder von null Jahren bis zum Schuleintritt erteilt werden. Die Regierungen erhalten hierzu eine Formulierungshilfe.

In speziell gelagerten Einzelfällen eröffnet das 3. Sonderinvestitionsprogramm trotz der geplanten Verbesserungen günstigere Förderkonditionen. Aus diesem Grund sind über den 31.12.2016 hinaus noch Anträge möglich. Wir bitten, diese Kommunen bei Kenntnis aufzufordern, ihre Anträge schnellstmöglich zu stellen, das 3. Sonderinvestitionsprogramm soll abgeschlossen werden. Um Fördermittel für den Freistaat nicht zu verlieren, sollen die bisher nicht gebundenen Bundesmittel baldmöglichst abgerufen und für die FAG- Förderung im Rahmen des 3. Sonderinvestitionsprogramms verwendet werden.

Im Übrigen wären auch diejenigen Kommunen über die aktuellen Planungen zu informieren, die bereits einen Förderbescheid nach dem 3. Sonderinvestitionsprogramm oder einen Förderbescheid bzw. einen Bescheid über die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn im Rahmen der Förderung nach Art. 10 FAG erhalten haben, aber mit dem Projekt noch nicht begonnen haben. Es ist die Entscheidung der jeweiligen Kommune, ob sie ihren Förderantrag für das 3. Sonderinvestitionsprogramm oder für die Förderung nach Art. 10 FAG zurücknimmt und für ihre Maßnahme stattdessen Fördermittel nach dem geplanten künftigen Programm beantragen will.

Für Rückfragen steht Ihnen der zuständige Sachbearbeiter im Sozialministerium, Herr Heim (Tel.: 089 / 1261 1432) jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Hans-Jürgen Dunkl

Ltd. Ministerialrat